

Antrag

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Dialog für eine demokratische Hochschulreform

Die Landesregierung wird gebeten,

1. Dialogveranstaltungen zu initiieren, die insbesondere der Vorbereitung einer umfassenden Novelle des Thüringer Hochschulgesetzes (ThürHG), des Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetzes (ThürHGE) und des Thüringer Studentenwerkgesetzes (ThürStuWG) dienen sollen; zudem sind notwendige Anpassungen im Rahmen des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (ThürPersVG) zu prüfen; im Rahmen der Veranstaltungen sollen mindestens die folgenden Themen diskutiert werden:
 - a) Stärkung und Ausbau der Hochschuldemokratie, insbesondere der Ausbau paritätischer Entscheidungsstrukturen und der Mitbestimmungsrechte aller Statusgruppen;
 - b) Weiterentwicklung der Hochschulautonomie;
 - c) Maßnahmen zur besseren Studierbarkeit unter Einbeziehung der Strukturempfehlungen der "Bologna-Dialogforen";
 - d) Stärkung von Kooperation und Vernetzung zwischen den Thüringer Hochschulen sowie eine verbesserte Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Wissenschaftsakteurinnen und -akteuren;
 - e) Möglichkeiten des Abbaus von finanziellen Belastungen für die Studierenden der Thüringer Hochschulen;
 - f) Maßnahmen zur weiteren Öffnung der Hochschulen, gesteigerter Transparenz des Verwaltungshandelns sowie Ausbau der Familienfreundlichkeit, Inklusion, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit;
 - g) Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse an den Thüringer Hochschulen orientiert am "Herrschinger Kodex" der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie den Empfehlungen zum wissenschaftlichen Nachwuchs des Wissenschaftsrates;
 - h) Verankerung von Zivil- und Sozialklauseln;
 - i) notwendige Maßnahmen zur Stärkung und finanziellen Sicherung des Thüringer Studierendenwerks;
2. an dem Dialogprozess gleichberechtigt alle relevanten hochschulpolitischen Akteurinnen und Akteure zu beteiligen, insbesondere:
 - a) die Leitungsgremien der Thüringer Hochschulen sowie die Hochschulrektorenkonferenz;
 - b) die Vertretungen der an den Hochschulen Lehrenden;
 - c) die einzelnen Studierendenvertretungen sowie die Konferenz Thüringer Studierendenschaften;
 - d) Initiativen des akademischen Mittelbaus in Thüringen;

- e) die Personalvertretungen der Thüringer Hochschulen und des Studierendenwerks;
 - f) Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Gewerkschaft ver.di;
 - g) die Gleichstellungsbeauftragten der Thüringer Hochschulen und des Studierendenwerks;
 - h) die Datenschutzbeauftragten der Thüringer Hochschulen und des Studierendenwerks;
 - i) Vertreterinnen und Vertreter der Internationalen Büros der Thüringer Hochschulen;
 - j) die Geschäftsführung des Thüringer Studierendenwerks;
 - k) die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft des Thüringer Landtags;
3. spätestens im Dezember 2016 einen Abschlussbericht über die Ergebnisse des Dialogs im Thüringer Landtag vorzustellen.

Begründung:

DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich in ihrem Koalitionsvertrag auf eine umfassende Reform der Thüringer Hochschullandschaft verständigt. Unser Ziel sind autonome, offene, transparente und demokratische Hochschulen, die inklusiv, familienfreundlich und nachhaltig sind und ihren Beitrag zum Abbau sozialer und geschlechtsbezogener Barrieren in unserer Gesellschaft leisten. Wir wollen die Thüringer Hochschulen darin stärken, ihre Verantwortung in einer globalisierten Welt für eine friedliche Entwicklung in Forschung und Lehre umfassend wahrzunehmen. An Thüringer Hochschulen muss wieder der Wert "Guter Arbeit" in den Mittelpunkt rücken.

Mit dem vorliegenden Antrag schaffen die Regierungsfractionen die Grundlage für einen breiten Diskussionsprozess, um alle Beteiligten aus Hochschulen und Politik gleichberechtigt für eine Verbesserung der Thüringer Hochschullandschaft zusammenwirken zu lassen.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Blehschmidt

Hey

Adams